

SPD

Redaktion: Braunschweig
Schließfach 399
Fernsprecher Nr. 2367

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd Nr.20 - 4.9.46

Sächsische Wahlen

=====

spd. Im Bundesland Sachsen haben die ersten Wahlen stattgefunden, die bisher in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands ausgeschrieben wurden. Das Ergebnis zeigt, dass der Sozialistischen Einheitspartei nur gelungen ist, in den kleinen Gemeinden die Mehrheit zu erringen, in den großen Städten blieb sie in der Minderheit. Die Liberal-Demokratische Partei und die Christlich-Demokratische Union haben dort zusammen die SED übertroffen.

Wie konnte es dazu kommen? Die Sozialdemokratische Partei war in der gesamten Zone nicht zugelassen. Diese Tatsache und die andere, dass die Parteien nur dort eigene Kandidatenlisten aufstellen durften, wo sie Ortsgruppen hatten, nicht also in jedem Ort, wo sie Anhänger besaßen, hat die Wahlen von vornherein in ihrer politischen Bedeutung entscheidend beeinträchtigt. Die SED war in vielen Gemeinden die einzige Partei, die eine eigene Liste zur Wahl bot. Es ist mithin durchaus irreführend, etwa die Stimmen zusammenzuzählen, die im ganzen Lande abgegeben wurden und sich daraus ein Bild der politischen Haltung der Bevölkerung in Sachsen zu machen. Man kann nur Ort für Ort hernehmen und betrachten.

Da fällt dann allerdings beträchtlich ins Gewicht, dass so grosse Städte wie etwa Dresden und Leipzig keine Linksmehrheit zu gewinnen vermochten. Wenn die SED das wäre, was sie vorgibt zu sein, eine Verschmelzung von KPD und SPD, dann hätte sie gerade dort, gerade auch in Leipzig eine überwiegende Mehrheit erringen müssen. Vor 1933 waren die sächsischen Städte Hochburgen der deutschen Arbeiterschaft. Die sächsischen Sozialisten sind jetzt aber der SED nicht gefolgt. Es kann kein Zweifel mehr sein, dass das Ergebnis der Wahlen in Sachsen anders, für die Sozialisten günstiger ausgefallen wäre, wenn die Sozialdemokratie als Partei hätte auftreten können.

Ihre Anhänger haben ungültige Stimmen abgegeben oder mögen die CDU oder die LDP gewählt haben, welche letztere übrigens eine bemerkenswerte politische Kraft erwiesen hat, die wesentlich grösser ist als die der CDU.

Der verhängnisvolle Fehler, der von der SPD freilich von vornherein als solcher gekennzeichnet worden war, diese grösste Partei des Sozialismus von der Wahl auszuschliessen, hat sich nun als ein verhängnisvoller Fehler erwiesen, der an der Arbeiterschaft und ihren sozialistischen Zielen begangen worden ist. Denn niemand wird den traurigen Mut haben und behaupten wollen, dass das Gesamtergebnis in Sachsen, die Summe der Stimmen aus den kleinen Gemeinden, in denen die SED keine Gegner haben durfte, die politische Meinung der Bevölkerung des Landes widerspiegeln. Klarheit und Wahrheit sind die ersten und wichtigsten Voraussetzungen im Kampf um die politische Macht. Da ist zu sagen, dass die Sache des Sozialismus in Sachsen, in einer der Hochburgen der Arbeiterschaft bis 1933, eine Niederlage erlitten hat. Die aber hat der verbrecherische Egoismus der SED, die den Interessen des kämpfenden Sozialismus widersprechende terroristische Haltung dieser Partei verschuldet.

Für die Wahlen, die in der britischen Zone bevorstehen, können daraus Lehren gezogen werden. Dem politischen Spiel der Kräfte ist freie Bahn zu lassen. Einsicht, politisches Verständnis und die Freiheit des politischen Bekenntnisses sind allein die Garantien des politischen Sieges, auch und vor allen der Sozialisten.

Weshalb ungültige Stimmzettel?

Ein Beitrag zu den Wahlen in der Ostzone.

spd. Den Mitgliedern und Anhängern der SPD in der Ostzone ist von der Parteileitung in Berlin geraten worden, bei den Stadt- und Landgemeindevahlen in den Provinzen und Ländern der russisch besetzten Zone ungültige Stimmen abzugeben, da die SPD nicht zu den Wahlen zugelassen worden ist. Wie bei den Wahlen in Lande Sachsen wird dieser Entschluss auch am 8. September in Lande Thüringen und der Provinz Sachsen und am 15. September in der Mark Brandenburg wirksam werden. Da dieser Beschluss teilweise auch innerhalb der Partei umstritten ist, stellen wir hier das Für und Wider gegenüber.

Die Gegner dieses Beschlusses argumentieren so: Vom Gesichtspunkt der Demokratie ist die SED bei dieser Wahl der alleinige Gegner, den es zu bekämpfen gilt, weil er die Freiheit der Betätigung der Sozialdemokratischen Partei hindert. Die Partei muss also versuchen, mit Hilfe der vorhandenen politischen Macht diesen Zustand zu bekämpfen und in den Gemeindeparlamenten Geltung zu erhalten. Es widerspricht der Auffassung jedes aktiven Politikers, seine Stimme verloren gehen zu lassen oder sich der Stimme zu enthalten. Das Ungültigmachen von Stimmen bedeutet aber eine Stimmenthaltung und in jedem Falle eine Stärkung der SED, denn es muss durch diese Wahl bewiesen werden, wie schwach die SED auch in den Gemeindeparlamenten vertreten ist, wenn das Volk wirklich seine Meinung sagen darf. Eine Stärkung der bürgerlichen Mandate würde deren Energie beleben und zweifellos depressiv auf die SED wirken.

Völlig falsch wäre auch, sich von der Tätigkeit der "unpolitischen" Listen etwas zu versprechen. Da Politik die Kunst des Möglichen ist, so muss man das Mögliche versuchen. Das ist in diesen Falle, jede Form zu benutzen, die dazu führen kann, wirklich demokratische Zustände herbeizuführen und die zwangvolle Macht eines politischen Totalitätsanspruches zu brechen. Die Gegner des SPD-Parteiabeschlusses für den Wahlkampf in der Ostzone befürworteten darum, dass man die Wahlberechtigten auffordert, an jedem Ort so zu entscheiden, wie es für eine aktive Haltung der Partei an diesem Ort richtig ist. Im wesentlichen wird es sich also darum handeln, CDU oder LDP zu unterstützen und notfalls diesen Parteien zu ermöglichen, eine Ortsgruppe zu bilden wo sie nicht vertreten sind, um zur Wahl zugelassen zu werden.

Die Befürworter erklärten dagegen folgendes: Ein Fortbleiben von der Wahl würde die Wahlberechtigten gefährden. Die Stimmen den bürgerlichen Parteien zu geben hätte zur Folge, dass eine falsche Darstellung der politischen Überzeugungen und Zusammensetzungen erreicht wird. Das Verhalten der bürgerlichen Parteien zur sozialdemokratischen Partei und zur SED rechtfertigt keinesfalls eine Unterstützung von sozialdemokratischer Seite. Bei dem Druck, der in der Sowjetzone offensichtlich ausgeübt wird, würden wahrscheinlich in den meisten Fällen auch die Stimmen der Sozialdemokraten nicht hinreichen, um die Vorherrschaft der SED zu brechen. Der einzige Weg für die SPD ist also das Ungültigmachen der Stimmen, zumal sie auf diese Weise unabhängig bleibt und von Seiten der SED nicht der Vorwurf erhoben werden kann, die SPD führe Arbeiterstimmen bürgerlichen Parteien zu.

Erkläre mir

spd. Wer Gelegenheit hatte, die Ostzone zu besuchen, musste feststellen, dass sich dort auf die Einwohnerschaft eine ungeheure Papierflut ergiesst - aber fast nur Propagandamaterial der SED/Kommunisten. Zeitungen sind in ungeheuren Mengen zu haben, jeder freie Mauerplatz ist mit mannshohen Plakaten beklebt. Als Kuriosum sei erwähnt, dass z.B. in Dresden allein 20.000 grosse Plakate mit dem Bild der Tänzerin Palucca geklebt wurden, die auch als Propaganda-Kandidatin für die Wahl aufgestellt war. Selbst der eiserne Vorhang konnte die gewaltige Papierflut nicht aufhalten, in Riesenmengen strömte das Propagandamaterial der Sedisten in die Westzone ein. Unverlangt und gratis bekamen lokale die Zeitungen und Broschüren der vereinigten Kommunisten ins Haus geschickt. Aber erklingt wie ein schlechter Tropfenwitz, wenn die Berliner Zeitungen am 28.8.46 folgende Meldung bringen müssen: B.V.G. hat Fahrscheinsorgen. "Die Schwierigkeiten der Papierversorgung machen es zur Zeit unmöglich, die für den Betrieb der Verkehrsmittel der BVG notwendigen Fahrscheine laufend in genügendem Maße herzustellen. Die BVG ist daher gezwungen, im Laufe der nächsten Wochen als Überbrückung auch Fahrscheine, welche eigentlich für andere Verkehrsbetriebe waren, zu benutzen".

Wie sagte "Onkel Wilhelm" im Berliner Rundfunk: "Ist das nicht wunderbar?"

H.T.

Die natürliche Pflicht

=====

spd. "Wenn eine Mutter die Beherrscherin des Staates wäre, so gäbe es keine Kriege mehr!" Das Wort birgt eine tiefe Wahrheit und Verpflichtung. Die deutsche Frau, die so unendlich Furchtbares ertragen musste, kann jetzt die Gestalterin und Beherrscherin des werdenden Deutschlands sein - wenn sie will. Zwei Drittel der gesamten Wählerschaft sind Frauen. Damit ist der Frau die Entscheidung über ihr Schicksal und über das ihrer Kinder und des Staates in die Hand gelegt. Keine Frau kann es verantworten, der bevorstehenden Wahl fernzubleiben.

Wie manche Frau hat sich 1933 mit Selbstvorwürfen gequält: Wenn ich das gewusst hätte - hätte ich doch gewählt, hätte ich doch gegen Hitler gewählt! Damals war es zu spät für Selbstpeinigungen. Damit es heute nicht wieder zu spät wird, muss jede Frau schon bei der ersten Gelegenheit ihr Wahlrecht ausüben, also bei den jetzt bevorstehenden Gemeinde- und Kreiswahlen. Politische Gleichgültigkeit und Indifferenz ist heute mehr denn je ein Verbrechen an unseren Nachkommen.

Aber wen und was soll sie wählen? Eine Frau braucht nicht politisch geschult zu sein, sie braucht nur ihr natürliches frauliches und mütterliches Empfinden sprechen zu lassen, um den richtigen Weg zu finden. Unverfälschtes Frauentum und wahre Mütterlichkeit lehnen jede Form von Gewalt ab. Sie wollen den Frieden, einen Frieden, bei dem ihre Familie gedeihen und ihre Kinder sich entwickeln können. Sie verabscheuen den unnatürlichen Zwang, der Frauen, Männern und Kindern die persönliche Freiheit entzieht. Ihr wesentlichster Charakterzug ist Hilfsbereitschaft und Liebe, wie sie im echten Sozialismus verwirklicht werden. Sie wollen den Notleidenden helfen, den Flüchtlingen eine Heimat schaffen, den elternlosen Waisen ein Heim geben. Sie wollen, dass ihre zu Krüppeln geschossenen Männer und Söhne dennoch ein menschenwürdiges Dasein führen, ihre noch in ferner Gefangenschaft weilenden Angehörigen bald heimkehren können. Sie wollen Freiheit, Frieden und Recht für alle, die dieser hohen Güter würdig sind. Sie wollen, was die Sozialdemokratie will. Sie strebt mit stärkerem Nachdruck und mit grösserem Erfolg als irgendeine andere Partei dafür. Die wahre Frau und Mutter ist Sozialistin, sie erkenne es nur und bekenne sich.

Beveridge zitiert Schumacher

=====

spd. In einem in der "Times" veröffentlichten Artikel, in dem er seine Eindrücke von einer Deutschlandreise zusammenfasst, zitiert Lord Beveridge auch den Führer der SPD, Dr. Schumacher. Beveridge befasst sich mit der Anschaffung der Renten für Kriegsbeschädigte und deren Überweisung an die öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen und bezeichnet diese Maßnahme als Fehler. Sie habe ein bitteres und weitverbreitetes Gefühl der Unfairness verursacht, das Dr. Schumacher in die Worte gekleidet habe: "Das bedeutet nichts anderes, als jene, die ein wirkliches Kriegsoffer sind, als Kriegsverbrecher zu behandeln." Lord Beveridge wendet sich auch gegen den Entschluss, die Frauen und Familien der englischen Besatzungstruppen und Kontrollorgane sofort nach Deutschland kommen zu lassen, bevor es gelungen sei, irgendeinen beachtenswerten Fortschritt zur Besserung der Lebensverhältnisse in Deutschland zu erzielen. Dieser Entschluss vergrößere nicht

nur die jetzt schon vorüberfallige Bervirkung, sondern sei auch von Möbelbeschlagnahmen begleitet gewesen. Der Entschluss könne nicht rückgängig gemacht werden. Das sei auch nicht nötig, wohl aber die Hinaussetzung seiner Ausführung.

Der Hosenbundorden

=====

Diese kleine Geschichte mit grosser symptomatischer Bedeutung erzählte mir dieser Tage ein guter Bekannter. Er tat es mit der ganzen Lebendigkeit, die den Bericht über ein eigenes und sehr frisches Erlebnis zu kennzeichnen pflegt.

"Stehe ich da gestern in einer Hamburger Bahnhofshalle in eine Zeitung vertieft, als mir jemand auf die Schulter schlägt: "Na, mein Lieber, wie geht es denn? was machen Sie denn hier?" Und auf mein verdutztes Gesicht: "Kennen Sie mich nicht mehr?" Nach einigem Herumsuchen in den Physiognomien meiner Bekannten wandelt sich das Bild des bescheidenen Zivilisten vor mir in das eines schneidigen Hauptmannes. "Ja, richtig", sage ich, "Sie waren doch als Hauptmann bei der und der Dienststelle. Was machen Sie denn jetzt?" "Studiere Jura". "Hatten Sie da nicht Schwierigkeiten als ehemaliger Aktiver?" - "Ach, das ist nicht so schlimm, das geht alles". "So, so", sage ich und füge noch, nun doch neugierig geworden, hinzu: "In der Partei waren Sie doch auch?" "Natürlich", sagt er lächelnd und, sich vertraulich zu mir niederbeugend: "Sind wir noch". Dabei dreht er den inneren oberen Rand seiner Hose etwas nach aussen und sichtbar wird in altem Glanze das goldene Parteiabzeichen der NSDAP. -

Vielleicht kann man diese kleine Geschichte einmal in einer Ansprache zur Amtseinführung neuer Mitglieder von Denazifizierungsausschüssen und Spruchkammern mitverwerten.

Nur zur Information, nicht
zur Veröffentlichung.

Sowjetische Politik, englisch beleuchtet.

Spd. Lord Vansittard, lange Jahre aussenpolitischer Berater der Britischen Krone und als Staatssekretär im Foreign Office, der Mann, der während des letzten Jahrzehnts einen bestimmenden Einfluss auf die britische Aussenpolitik ausübte, hat im "Daily Mail" am 26. August 1946 einen Artikel über die Politik der Sowjetunion veröffentlicht, der in kaum noch diplomatischer Form die Situation klarlegt, wie sie sich auch ausserhalb Englands dem Beobachter darstellt. Er habe die russischen Aussenungen über Grossbritannien seit langem genau verfolgt, so schreibt er und finde nicht, dass sie freundlich oder gar freundschaftlich seien. Dann fährt er fort:

"Es muss ein Ende gemacht werden mit diesem aufgehäuften Zündstoff. Russland und seine Satellitenstaaten nennen sich heute noch unsere Alliierten. Aber sie sind tatsächlich gegenwärtig ebenso wenig wirkliche Alliierte, wie Tito ein wirklicher Marschall ist. Für die Dauer eines Jahres haben wir mit unendlicher Geduld den Sowjets als Prellbock gedient, und die anglo-sowjetische Allianz wurde zu einer blossen Farce. Es ist noch nicht

zu spät, diese Lage zu ändern, aber wir müssen den Kreml und seine Clique ganz freimütig fragen, ob sie dem britisch-sowjetischen Bündnis noch dieselbe Bedeutung zumessen, wie wir es tun. Wir müssten an Moskau eine entsprechende Note richten und dieser Note eine Fülle von Beispielen beifügen, die sich allein aus dem täglichen Nachrichtendienst ohne Not finden und die eine antibritische Tendenz offenkundig werden lassen. Wenn, wie wir hoffen, die Sowjets die Allianz mit Grossbritannien bestätigen, dann müssen wir allerdings umgekehrt verlangen, dass die antibritische Einstellung in der Propaganda und dem gesamten Nachrichtendienst auf russischer Seite sofort gestoppt wird. Diese russische Machinationen sind zu lange schon im Gange, um mit einer Freundschaft noch verträglich zu sein."

Vansittard befasst sich denn im einzelnen mit russischen Zielen auf dem Balkan und schliesst seinen in England und ausserhalb Englands ungewöhnlich beachteten Artikel: "Wir Briten haben diesen Krieg nicht um Schwätzereien und neue Konflikte geführt, und jetzt müssen wir sehen, dass in Südosten wieder eine primitive Politik der Unaufrichtigkeit geführt wird. Die Machinationen des östlichen Blocks müssen aufgedeckt werden, ehe gibt es in Paris keine Aussicht auf einen wirklichen Frieden. Diese Grundfragen müssen jetzt gestellt und beantwortet werden. Es ist nur dann zu spät, wenn wir schweigen und so den wirklichen Frieden aufs Spiel setzen".

Frankreichs Sozialisten

spd. Die sensationelle Wendung in der Politik der französischen Sozialisten, die manche Beobachter von dem Landesparteitag von Montrouge bei Paris erwarteten, ist ausgeblieben. Gewisse Veränderungen in der personellen Leitung ändern an dieser Feststellung nichts. Wieder hat, wie so oft schon in der Geschichte dieser Partei, der Wille zum Ausgleich zum vernünftigen Mittelweg gesiegt und man kann den Eindruck haben, dass dieser Kompromiss durchaus nicht auf Kosten der klaren Linie der Partei gefunden wurde. Der linke Flügel hat an Boden gewonnen, was schon in der Ablehnung des Rechenschaftsberichtes des Parteiausschusses zum Ausdruck kam, aber vor allzu radikalen Konsequenzen dieser Einstellung hat man sich gehütet.

Die öffentlichen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei gehören fast schon zu ihrer Tradition. Sie wird vielfach positiv gewertet, weil sie reges Leben, Spannkraft und eine ständige aufgeschlossenheit für alle neu auftauchenden Probleme beweist. Dem Parteitag waren zahlreiche Provinztagungen vorausgegangen. In mehreren war ein engeres Zusammengehen mit den Kommunisten gefordert worden, die heute die führende Stellung in der französischen Gewerkschaftsbewegung einnehmen. Die bekanntesten Vertreter des linken Flügels, die in Opposition zu der sogenannten Alte Garde der Leon Blum, Daniel Mayer, Vincent Auriol und Felix Gouin stehen, sind der 40-jährige Lehrer Gouy Mollet und der gegenwärtige Landwirtschaftsminister Tagny-Prigent. Am Ende des Parteitages einigte man sich aber auf ein politisches Programm, das trotz aller zutage getretenen Differenzen eine einheitliche Linie aufweist und klare Stellungnahmen zeigt.

